

S-WC3 Soziale Berufe: Jetzt aufwerten!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 10.11.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt #WeCare

1 Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Pflegekräfte in Krankenhäusern und anderen
2 Einrichtungen, Hebammen und Entbindungshelfer*innen und viele mehr - soziale
3 Tätigkeiten sind vielfältig und in vielen Berufsbereichen zu finden! Gemeinsam
4 haben sie, dass dort Arbeit an Menschen verrichtet wird, die oft körperlich und
5 auch psychisch anstrengend ist. Gleichzeitig wird diese Arbeit oft auch im
6 Vergleich sehr schlecht bezahlt. Arbeit am Menschen ist enorm wichtig und muss
7 in der Gesellschaft besser honoriert werden. Geringschätzung und geringe
8 Bezahlung treffen hierbei überwiegend Frauen*, die in diesen Berufen immer noch
9 überproportional vertreten sind. Wohl auch aus diesen Gründen fehlen in der BRD
10 in den sozialen Berufen massenhaft Fachkräfte. Als GRÜNE JUGEND Bayern setzen
11 wir uns deswegen im Allgemeinen für eine bessere Bezahlung und bessere
12 Arbeitsbedingungen für soziale Berufe ein. Dennoch möchten wir auf einige Berufe
13 im Folgenden genauer eingehen.

14 Kirchlicher Trägerschaft angehen!

15 Viele Menschen in sozialen Berufen sind in einem Arbeitsverhältnis direkt bei
16 Kirchen oder Organisationen unter kirchlicher Trägerschaft beschäftigt. Deshalb
17 unterliegen sie den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts, welches den
18 Arbeitgeber*innen Möglichkeiten gibt, die im regulären Arbeitsrecht
19 ausgeschlossen sind. Diese geben den Arbeitgeber*innen unter anderem die
20 Möglichkeit, Menschen auf Grund der Wahl ihrer Partner*in, wegen Scheidungen
21 oder fehlender Taufe von Kindern zu sanktionieren. Und das, obwohl diese
22 Einrichtungen über den Staat finanziert werden. Diese Unrechtmäßigkeit wollen
23 wir beenden! Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits
24 des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch
25 die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern. Die
26 GRÜNE JUGEND Bayern fordert weiter, dass der Staat für ein ausreichendes Angebot
27 an Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung sorgt.

28 Für mehr Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen!

29 Die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft werden immer mehr. Zusätzlich
30 wurden im Bereich der Asylsozialarbeit viele neue Stellen geschaffen. Vor diesem
31 Hintergrund zeichnet sich seit mehreren Jahren ein Mangel an Fachkräften im
32 sozialen Bereich ab. Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen sind gesucht.
33 Doch die Arbeitsbedingungen müssen dringend verbessert werden, um dieses
34 Berufsfeld attraktiver zu machen. Wir fordern ein Ende der befristeten
35 Arbeitsverträge und wie in allen anderen sozialen Berufen höhere Anerkennung und
36 höhere Entlohnung.

37 Kindererziehung aufwerten!

38 Die Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Kindergärten
39 gehört zu den wichtigsten Aufgaben gesellschaftlicher Care-Arbeit. Den Kindern,
40 egal ob Kleinkinder oder in der Vorschule, muss ein gutes und ihrem Alter
41 angemessenes Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt werden. Entscheidend ist

42 dafür unter anderem der Betreuungsschlüssel also, wie viele Kinder pro
43 Erziehungsfachkraft betreut werden müssen. Dieser darf auf keinen Fall dadurch
44 verschlechtert werden, dass nicht ausreichend qualifizierte Hilfskräfte auf ihn
45 angerechnet werden. Allgemein muss der Schlüssel schrittweise erhöht werden,
46 insbesondere, wenn Kinder inklusiv betreut werden. Zudem müssen Lösungen für
47 krankheitsbedingte Ausfälle geschaffen werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert
48 deswegen die Einrichtung eines bayernweiten Springer*innen-Systems, dessen
49 Erzieher*innen in den Einrichtungen aushelfen, die gerade einen Engpass haben.

50 Darüber hinaus müssen alle Erziehungsfachkräfte gut und möglichst umfassend
51 ausgebildet werden. Möglichkeiten zur Weiterbildung müssen jederzeit gegeben
52 sein. Um die Ausbildung möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, fordert die
53 GRÜNE JUGEND Bayern die Abschaffung von Schulgeldern und Gebühren für die
54 Ausbildung zur Erziehungsfachkraft oder ähnlichen Berufen wie Kinderpfleger*in.
55 Mögliche Lücken in der Finanzierung, die dadurch entstehen könnten, sollen von
56 staatlicher Seite kompensiert werden.

57 Wie auch für anderen Care-Berufe fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, die Bezahlung
58 für Erzieher*innen deutlich zu verbessern. Die für Kinder geleistete Care-Arbeit
59 ist zu anstrengend und zu wertvoll, um sie mit einem Hungerlohn zu vergüten:
60 Care-Arbeit ist mehr wert!

61 Für ein Update in der Pflege!

62 Die Situation für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen ist oft
63 nicht einfach. Obwohl es hier natürlich - auch innerhalb der einzelnen
64 Einrichtungen - um sehr unterschiedliche Tätigkeiten geht, werden dort immer zum
65 Teil schwerkranke oder anderweitig pflegebedürftige Menschen betreut. Dennoch
66 werden in vielen Heimen und Krankenhäusern deutlich zu wenig Pflegekräfte
67 eingesetzt, um alle Bewohner*innen und Patient*innen adäquat betreuen zu können.
68 Darunter leidet die Qualität der Betreuung und somit auch das Wohlbefinden der
69 Bewohner*innen. Immer wieder kommt es vor, dass Bewohner*innen in Heimen
70 regelrecht verwaist werden. Schuld daran ist insbesondere die Unterfinanzierung des
71 gesamten Pflege- und Gesundheitssystems. Wo kein Geld ist, kann auch kein Geld
72 ausgegeben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen eine deutliche
73 Verbesserung der Finanzierung der Kranken- und Altenpflege. Hierzu müssen die
74 Beitragsbemessungsgrenzen der Kranken- und Pflegeversicherung abgeschafft sowie
75 eine einheitliche Bürger*innenversicherung eingeführt werden. Der Lohn der
76 Pflegekräfte muss deutlich ansteigen. Zudem muss der Personalschlüssel in
77 Altenheimen und Krankenhäusern erhöht werden. Bei der Intensivpflege sollte das
78 Verhältnis ein*e Pflegend*e für zwei Patient*innen nicht überschritten werden.
79 Auf anderen Stationen kann der Schlüssel je nach individuellem Pflegebedarf der
80 Patient*innen variieren, sollte jedoch einen Mindeststandard von eins zu zehn
81 nicht überschreiten. Auch im Nachtdienst muss die Versorgung sichergestellt
82 werden. Hier sollte keine Pflegefachkraft alleine arbeiten müssen. Von den
83 Lohnsteigerungen und den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erhoffen wir uns
84 eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, sodass mehr Menschen diesen
85 Beruf ergreifen.

86 Insbesondere in dem Bereich der Pflege benötigt es viel Arbeit um die
87 Psychohygiene der Mitarbeiter*innen sicherstellen zu können. Um tagtäglich dem
88 Druck der Verantwortung, Stress und extremen Situationen standhalten zu können,
89 benötigt es professionelle, regelmäßige Supervision. Hier sollen Menschen in

90 Pflegeberufen bestehende und bisherige Situationen nachbesprechen und
91 verarbeiten können. Um langfristig in einem Pflegeberuf arbeiten zu können, ist
92 die Nachbereitung unabdingbar. Dennoch wird die Wichtigkeit der Supervision
93 unterschätzt oder gar ignoriert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, dass
94 den Pflegenden durch die Arbeitgeber*innen Möglichkeiten zur Nachbereitung und
95 Supervision kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen.

96 Pflegekammer auch in Bayern!

97 Schon im Jahr 2013 sprach sich eine Mehrheit des Bayerischen Pflegepersonals in
98 einer Umfrage für die Einführung einer Landespflegekammer auch in Bayern aus.
99 Trotzdem wurde sie von Seiten der Staatsregierung bis heute noch nicht
100 realisiert. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich für die Einführung einer
101 Landespflegekammer aus, wie es sie in einigen Bundesländern, zum Beispiel
102 Rheinland-Pfalz, bereits gibt. Eine Landespflegekammer sollte folgende Aufgaben
103 haben:

- 104 • Die Schaffung einer einheitlichen Berufsethik und Berufsordnung
- 105 • Einschreiten bei Missachtung der Berufsethik und Berufsordnung
- 106 • Eine Registrierung aller Angehörigen der Pflegeberufe
- 107 • Die Beratung des Gesetzgebers, Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren und
108 Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung, Auslegung gesetzlicher
109 Bestimmungen, Umsetzung von Gesetzen, Anfertigung von
110 Sachverständigengutachten
- 111 • Förderung, Überwachung und Anerkennung der beruflichen Fort- und
112 Weiterbildung, Abnahme von Prüfungen, Festlegung von Standards für
113 Ausbildung und Praxis
- 114 • Regelung der Gutachtertätigkeit und Benennung von Sachverständigen
- 115 • Schiedsstellentätigkeit zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der
116 Berufsausübung zwischen den Mitgliedern oder diesen und Dritten ergeben
- 117 • Erhebung und Auswertung berufsrelevanter Daten
- 118 • Öffentlichkeitsarbeit

119 Durch die Möglichkeit, die eigene Ausbildung mitbestimmen zu können, wird die
120 effektivste und nutzenreichste Bildung für künftiges Pflegepersonal garantiert,
121 was sowohl diesen, als auch ihren Patient*innen sehr zugute kommt. Durch die
122 Möglichkeit, über die Solidarmitgliedschaft des gesamten bayerischen
123 Pflegepersonals, eine Organisation zu haben, die die Pflegekräfte insgesamt
124 vertreten kann, bekommen diese eine laute Stimme. Sowohl bei der Gesetzgebung
125 als auch in Tarifverhandlungen, was zu besseren Arbeitsbedingungen und mehr
126 Selbstbestimmungsrechten führt.

127 Die freie Wahl der Geburt sichern - Hebammen und Hebammenausbildung stärken!

128 Vier von fünf Geburten in Kliniken werden in Bayern von freiberuflichen Hebammen
129 oder Entbindungspfleger*innen betreut bzw. durchgeführt. Ihre Arbeit, die
130 Betreuung von Frauen* vor, während und nach der Geburt, ist wichtig für eine

131 selbstbestimmte und sichere Geburt. Ob im Krankenhaus, Zuhause oder im
132 Geburtshaus, sie gewährleisten das Recht der Schwangeren auf die im
133 Sozialgesetzbuch festgeschriebene freie Wahl der Geburt. Allerdings haben
134 Hebammen und Entbindungshelfer*innen seit Jahren mit Problemen zu kämpfen, die
135 die Ausübung ihres Berufes immer schwerer machen.

136 Versicherungsprämien haben inzwischen einen Höchststand erreicht und die
137 Situation spitzt sich immer weiter zu. Viele Hebammen und
138 Entbindungshelfer*innen haben deswegen in den letzten Jahren ihren Beruf oder
139 zumindest die Geburtshilfe aufgeben müssen. In der BRD sollen aber alle Geburten
140 aus gutem Grund von einer Hebamme oder einem*r Entbindungspfleger*in geleitet
141 werden. Um diese gesetzliche Vorgabe auch in Zukunft umsetzen zu können, muss
142 jetzt endlich politisch gehandelt werden! Auch in der Ausbildung ist der
143 Reformbedarf groß. Viele europäische Staaten haben bereits mit der
144 Akademisierung der Hebammenausbildung begonnen, hier sehen wir großen
145 Nachholbedarf.

146 Die letzte Honorarerhöhung hat die Situation der Hebammen und
147 Entbindungspfleger*innen etwas verbessert. Auch der Weg hin zu individuellerer
148 Betreuung Schwangerer in den Kliniken durch freiberuflich tätige Hebammen und
149 Entbindungspfleger*innen wurde eingeschlagen und muss nun durch weitere Konzepte
150 der zuständigen Verbände weiterentwickelt werden; auch für Hausgeburten und
151 häusliche Betreuung müssen Perspektiven aufgezeigt werden.

152 Um das Problem der zu hohen Versicherungsprämien zu lösen, muss die Haftung
153 aller im Gesundheitswesen Tätigen in ein öffentlich-rechtliches Haftungssystem
154 überführt werden. Eine Neubewertung der Abrechnungspauschalen in der
155 Geburtshilfe ist ebenfalls wichtig. Dabei muss die geleistete Gesamtzeit der
156 Hebammenbetreuung für jeden Behandlungsfall berücksichtigt werden. Weiter
157 dürfen für Hebammen und Entbindungspfleger*innen durch die Durchführung einer
158 Geburt keine finanziellen Nachteile entstehen.

159 Mit der Neufassung des Hebammengesetzes muss die Chance genutzt werden, künftig
160 alle Hebammen und Entbindungspfleger*innen durch ein Studium mit Praxisphasen zu
161 qualifizieren. Ein Studium auf Bachelorniveau muss schnellstmöglich Realität
162 werden, denn so kann die selbstständige Arbeit auf hohem Niveau gut ausgebildet
163 und weiterentwickelt werden. Es muss sofort auf Bundesebene mit der Erarbeitung
164 der notwendigen Gesetzesänderungen begonnen werden, damit auch in den Bayern
165 Maßnahmen zur Umstrukturierung der Lehre getroffen werden können. Eine zeitnahe
166 Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie ist dringend notwendig. Für
167 Lehrkräfte müssen angemessene Übergangsregelungen und ausreichende Möglichkeiten
168 der Nachqualifizierung geschaffen werden.

169 Es darf nicht sein, dass sich unsere Gesellschaft Hebammen und
170 Entbindungspfleger*innen nicht leistet. Wir fordern deshalb eine selbstbestimmte
171 Geburt, eine Umstrukturierung der Ausbildung und einen Fortbestand des
172 Berufsstands der Hebammen und Entbindungspfleger*innen!

Begründung

Erfolgt mündlich.